

Vorsitzender: Rainer Wagner
Ehrevorsitzende:
Gerhard Finn, Horst Schüler
Stellv. Vorsitzende:
Ernst-O. Schönemann,
Theodor Mittrupp

Bundesgeschäftsstelle:
Ruschestraße 103, Haus 1
D-10365 Berlin
Tel: (030) 55779351
Fax: (030) 57799989

Geschäftszeiten:
Montag bis Freitag
16.00 - 18.00 Uhr

Presseerklärung

22. November 2010

Empörung über Aufruf des Bundesverwaltungsamts an bewaffnete Organe der DDR UOKG: SED-DDR Opfer fühlen sich erneut übergangen

Mit Empörung haben die Mitglieder der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) auf einen erst jetzt bekannt gewordenen Aufruf des Bundesverwaltungsamts an ehemalige Angehörige der sog. bewaffneten Organe der DDR (MdI, NVA, Zoll und MfS) zur Sicherung von Rentenansprüchen und Anwartschaften reagiert.

In einer Resolution der Mitgliederversammlung der UOKG in der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen am vergangenen Wochenende verurteilen die DDR-Verfolgten die erneute Bevorzugung der Täter gegenüber ihren Opfern durch die demonstrative Fürsorge zur Sicherung der Altersversorgung. Die UOKG-Verbände kritisieren ein fehlendes vergleichbares Engagement gegenüber den Menschen, welche die Last der Verfolgung, Unterdrückung und Erniedrigung des einstigen Unrechtsstaates DDR tragen und erdulden mussten.

So hat der Gesetzgeber zwar klammheimlich die im Einigungsvertrag festgelegte Fortwirkung der Bestimmungen des Fremdrentengesetzes für einseitige sogenannte Republikflüchtlinge und politische Häftlinge gestrichen, was an sich bereits ein Skandal ist. Darüber hinaus ist der UOKG kein vergleichbarer Aufruf an die betroffenen DDR-Opfer bekannt, in denen diese aufgefordert werden, ihre (einstigen) Ansprüche entsprechend offensiv gegenüber den einschlägigen Behörden zu vertreten.

Die jüngste Anhörung der ISOR, einer Organisation ehemaliger Stasi-Angehöriger vor dem Petitionsausschuss des Bundestages am 8.11.2010 ist ein unerhörter Affront der einstigen Stasi-Opfer. Vor dem Ausschuss hatten die Stasi-Vertreter die Verletzung der Menschenrechte durch diese betreffende Rentenänderung beklagt. Wir fordern die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, die unerträgliche Bevorzugung der Täter einzustellen, zumindest Ungleichbehandlungen aufzuheben und in Zukunft die Verfolgtenverbände in die Beratungen über Änderungen der diese betreffenden Versorgungen vergleichbar einzubeziehen. Insbesondere muss die stillschweigende Änderung der eindeutigen Bestimmung über die Fortdauer des Fremdrentengesetzes im Einigungsvertrag unverzüglich widerrufen bzw. korrigiert werden.